

Protokoll

über die 32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport der Stadt Wedel am Mittwoch dem 02.11.2016, im Sitzungsraum Vejen des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Frau Rita Dietrich
Herr Julian Fresch
Frau Heidemargret Garling
Herr Jan Lüchau
Frau Renate Werner

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Frau Heidrun Keck

Vorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärger

FDP-Fraktion:

Herr Dr. Peter Heinze

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Jugendbeirat

Verwaltung:

Frau Heike Meyer
Herr Niels Schmidt
Herr Burkhard Springer
Herr Ralf Waßmann

Schriftführerin
Bürgermeister
Fachdienstleiter
Fachbereichsleiter

Es fehlte entschuldigt:

Seniorenbeirat:

Herr Nikolaus Roth

Jugendbeirat:

Herr Jeremias Gropp

Um 19.00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Herr Barop schlägt 3 Termine für die gemeinsame Anhörung (UBF und BKS) der Eltern zur Spielplatzproblematik vor. Man einigt sich auf den 24.11.2016 um 18.00 Uhr im Ratssaal. Der Bürgermeister informiert die Anwesenden, dass die Kaufoption in Bezug auf das Reepschlägerhaus nicht weiter verfolgt wird. Es gibt verschiedene Sponsoren, die durch Sachleistung oder finanzielle Mittel helfen wollen. Die Nutzung des Betriebes wird sichergestellt. In der nächsten Sitzung des BKS wird eine Lösung aufgezeigt werden, das finanzielle Volumen wird weniger als 60.000,- € betragen. Auch die Stadtparkkasse hat ihre Unterstützung zugesagt. Um Mittel aus dem Denkmalschutzprogramm zu erhalten, muss ein Beschluss vorliegen. Danach kann ein Antrag gestellt werden, so das Förderprogramm im Jahr 2017 neu aufgelegt wird. Dr. Heinze hält an seinem Antrag fest und verliert diesen. Frau Garling stellt fest, dass die Angelegenheit noch nicht beschlussreif ist. Herr Barop erwähnt, dass der Antrag nur auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, wenn eine Dringlichkeit gegeben ist. Dies ist nicht der Fall, eine weitere Diskussion kann im Rahmen der Haushaltsberatungen geführt werden. Dr. Heinze stellt fest, dass seine Fraktion nicht die Mittel im Haushalt 2017 einstellen möchte, sondern schnellst möglich in diesem Jahr mit den Umbaumaßnahmen starten möchte. Der Bürgermeister spricht sich dafür aus, die Angelegenheit nicht ins nächste Jahr zu tragen, sondern für die nächste Sitzung eine Lösung zu skizzieren, damit zügig begonnen werden kann. Der städtische Anteil soll so gering wie möglich gehalten werden.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
 - 2.) **Anhörung der Beiräte**
 - 3.) **Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 31. Sitzung vom 28.09.2016**
 - 4.) **Schriftliche Anfragen**
 - 5.) **Berichtswesen der Stadt Wedel**
 - 5.1 **Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung**
 - 6.) **Kindertagesstätten in Wedel;**
-

Umwidmung investiver Mittel für Klemmschutz in der heilpädagogischen Kita der
Lebenshilfe

Vorlage: BV/2016/125

7.) Stellenplan 2017

8.) Haushaltssatzung 2017
zentral verteilt
Vorlage: BV/2016/124

9.) Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

10.) Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

11.) Anfragen

12.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es ist kein Einwohner anwesend.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat hat keine Mitteilungen.

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 31. Sitzung vom 28.09.2016

Herr Dr. Heinze weist darauf hin, dass im Bürgerinformationssystem unter TOP 8 ein weiterer Satz steht, der nicht im verteilten Protokoll zu finden ist. (Anmerkung der Protokollführerin: Der Satz wurde entfernt). Die Änderung zu TOP 6 wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Das Protokoll der 31. Sitzung vom 28.09.2016 wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

4.) Schriftliche Anfragen

Frau Garling verliest ihre Anfrage, das Ergebnis ist dem Protokoll als Anlage beigefügt, ebenso das Ergebnis der Anfrage der CDU vom 28.09.2016.

5.) Berichtswesen der Stadt Wedel

5.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

6.) Kindertagesstätten in Wedel;



Umwidmung investiver Mittel für Klemmschutz in der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe

Vorlage: BV/2016/125

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschließt einstimmig, einen Betrag in Höhe von 18.000,- € im Rahmen der beantragten investiven Mittel für die gesetzlich zwingend notwendige Installation von Klemmschutz in allen Räumlichkeiten der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe umzuwidmen.

7.) Stellenplan 2017

Herr Schmidt weist darauf hin, dass nicht alle Anträge der Verwaltung in den Stellenplan aufgenommen worden sind. Es müssten somit explizit Anträge aus der Politik formuliert werden, jetzt im BKS, am 07.11.2016 im HFA oder in der zweiten Lesung des Haushaltes des BKS am 30.11.2016.

Auf Nachfrage von Frau Kärgel informiert Frau Meyer, dass die 8 Stunden bei 1-404-1 schon lange existieren für die Oberstufe am JRG. Die 15-Stunden Springerstelle sollen als Poollösung für Krankheitsvertretungen sein. Dies wird bereits seit Jahren durch die Stelleninhaberin übernommen. Frau Keck fragt nach den 3 zu besetzenden Stunden/Woche für das KiJuz. Herr Springer teilt mit, dass diese Stunden bisher von einer Honorarkraft geleistet wurden, was aber zukünftig nicht mehr möglich ist. Diese Stunden sollen an ein bestehendes Beschäftigungsverhältnis „angedockt“ werden. Zuständig hierfür ist jedoch der Ausschuss für Jugend und Soziales. Die Abstimmung über den Stellenplan soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

8.) Haushaltssatzung 2017 zentral verteilt Vorlage: BV/2016/124

Die Anwesenden einigen sich, den Haushaltsentwurf 2017 seitenweise nach Produkten zu beraten und mit dem Investitionsplan zu beginnen.

ATS: Frau Neumann-Rystow wirft das Thema IT-Ausstattung an den Schulen auf und beantragt, die Mittel zu sperren, bis ein Konzept steht. Herr Springer informiert die Anwesenden, dass in der nächsten Woche ein Gespräch mit der beauftragten Firma stattfindet. Die Datenlage wurde zusammengestellt, es wird besprochen werden, welche Anschaffungen in diesem Jahr noch sinnvoll getätigt werden können, ohne dem Gesamtkonzept zu widersprechen. Im Haushalt gibt es verschiedene Posten, Ersatzbeschaffung unter 1.000,- €, zwischen 150,- € und 1.000,- € und „neu“ Erweiterung IT-Ausstattung. Die Wartungskosten sind im Ergebnishaushalt veranschlagt. Mögliche Bundesmittel werden beantragt, wenn der Planungsstand entsprechend weit ist. Auf Nachfrage von Herrn Harder teilt Herr Springer mit, dass die Mittel von Schule zu Schule umgebucht werden können. Frau Neumann-Rystow zieht ihren Antrag zurück.

ASS: Herr Barop schlägt vor, bei der ASS für die Jahre 2020/2021 jeweils 1 Million Euro für den Erweiterungsbau als Merkposten einzustellen, Frau Neumann-Rystow beantragt für 2020 2,2 Millionen Euro. Der Bürgermeister nimmt den politischen Willen zur Kenntnis, Frau Kärgel und Frau Garling äußern Beratungsbedarf. 20.000,- € für den Kletterhügel werden als kritisch erachtet, da noch nicht feststeht, welche Art von Bau realisiert wird.



MWS: Herr Harder erkundigt sich nach dem Neubau der Stützwand an der MWS. Herr Springer weist darauf hin, dass dies Sache des UBF ist.

JRG: Für die Erneuerung des Außenmobiliars am JRG könnten gut erhaltene Spielgeräte der rückzubauenden Spielplätze verwendet werden. Frau Neumann-Rystow schlägt vor, den Ansatz für die Neugestaltung des Unterstufenhofes am JRG um 48 T Euro zu reduzieren und diese Mittel dann für den Umbau des Reepschlägerhauses zu verwenden. Der Fachdienstleiter teilt mit, dass auch dies Angelegenheit des UBF ist.

GHS: Frau Garling erkundigt sich danach, wann der 2. Bauabschnitt für die GHS erfolgt. Bisher gibt es für diese Maßnahme keinen Beschluss.

PLS: Herr Dr. Murphy fragt nach den Investitionen an der PLS. Herr Springer erwidert, dass diese Mittel für die Hausmeisterwohnung benötigt werden.

Förderung der Heimatpflege: Der Bürgermeister sagt zur nächsten Sitzung eine kurzfristige Lösung für das Reepschlägerhaus zu. Ob Landesmittel für Denkmalschutz beantragt werden können, steht nicht fest, da es bisher keine verlässliche Information über das Weiterbestehen dieser Maßnahme für 2017 gibt.

Tageseinrichtungen für Kinder: Herr Springer klärt bis zur nächsten Sitzung, in welcher Höhe Mittel für den Neubau der kath. Kita notwendig erscheinen.

Gemeindeorgane: Für die Städtepartnerschaften stehen 15.000,-€ für Veranstaltungen zur Verfügung und 1.000,- € für Zuschüsse gem. der Richtlinien.

ATS: Auf Nachfrage teilt Herr Springer mit, dass in Zeile 29 ein großer Teil das Gebäudemanagement ausmacht sowie der Verwaltungsoverhead. Frau Kärgel stellt fest, dass die allg. Kosten- und Leistungskennzahlen irreführend sind und so nicht stimmen können. Herr Schmidt informiert die Ausschussmitglieder, dass die Kennzahlen überarbeitet werden. Auf Nachfrage teilt Herr Springer mit, dass er davon ausgegangen ist, dass die Begründungen für den Mehraufwand verwaltungsintern verwendet werden, diese nun aber auch im Haushalt erscheinen. Die Mittel für die Kooperation mit dem SC-Rist sind nicht nur für diese, sondern auch für den TSV, dieser wurde nicht explizit benannt. BFDler gibt es an 4 Schulen, die Beträge mussten leicht angepasst werden.

Auf Nachfrage weist der Bürgermeister darauf hin, dass interkommunale Vergleiche sehr schwierig und aufwendig sind, da es kein einheitliches Statistikwesen gibt. Das Personal an den Schulen wird aus verschiedenen Kostenstellen bezahlt, Vereine erhalten Zuschüsse, Honorarkräfte Beschäftigungsentgelte und die städtischen Einrichtungen werden über die ILV abgewickelt. Aktualisierte Tabellen für die Fortschreibung der Beträge für Ganztags, SKB und SSA und der Finanzierung des Ganztagsbetriebes an den Wedeler Schulen sind dem Protokoll beigelegt. Dr. Murphy weist auf die verteilte Korrektur der allgemeinen Kosten- und Leistungskennzahlen hin und zweifelt deren Richtigkeit an. Herr Barop schließt sich diesem an und bittet um Prüfung. Er weist außerdem darauf hin, dass die ILV für Musikschule, VHS und Stadtbücherei wichtig für die politischen Entscheidungen sind.

MWS: Herr Springer verweist auf den Vermerk zu dem beweglichen Anlagevermögen des Produktes in den verteilten Sitzungsunterlagen. Der BKS beschließt einstimmig, die Mittel in Höhe von 6.000,- € hierfür bereit zu stellen.

JRG: Herr Springer informiert die Ausschussmitglieder, dass es sich bei dem Antrag für Mittel für die Eigenlernzeit (ELZ) nicht um einen Antrag der Verwaltung handelt. Frau Keck erläutert die Entwicklung der Hausaufgabenhilfe, Herr Harder betont, dass es sich bei der ELZ um ein neues Projekt handelt, es werden die SchülerInnen entlastet, die sich keine Nachhilfe leisten können. Ein Antrag von Seiten der Politik wird nicht gestellt.

EBG: Auf Nachfrage informiert der Fachdienstleiter, dass für das Schulschwimmen insgesamt 39.000,- € veranschlagt sind, 9.000,- € für die EBG.

Musikpflege: Herr Springer weist auf den Antrag der Christus-Kirchengemeinde Schulau hin. Die Politik stellt keinen Antrag.



Stadtbücherei: Auf Nachfrage informiert Herr Barop, dass die letzte Gebührenerhöhung 2014 wirksam wurde. Eine weitere Diskussion/Überprüfung kann im Rahmen des Jahresberichtes erfolgen.

Tageseinrichtungen für Kinder: Herr Funck verlässt wegen Befangenheit den Raum. Im Kita-Kuratorium hat die AWO den Antrag gestellt, die Reinigungspauschale zu erhöhen. Eine Empfehlung wurde seinerzeit nicht ausgesprochen, eine Entscheidung muss aber noch getroffen werden. Frau Garling spricht sich gegen die Erhöhung aus, die letzte ist noch nicht lange her. Frau Dietrich vermutet, dass die AWO wahrscheinlich eigene Kräfte beschäftigt, die tariflich gebunden sind. Abschließend lehnt der Ausschuss den Antrag bei 1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab. Herr Funck betritt den Raum und wird über das Ergebnis informiert.

SKB: Frau Kärigel zweifelt das Ergebnis des Kostendeckungsgrades an, Herr Springer sagt eine Nacharbeitung durch die Kämmerei zu.

9.) Mitteilungen und Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt. Es liegen keine Mitteilungen vor.

9.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

12.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Entfällt.

Vorsitzende/r

Heike Meyer
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift



